



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/187 - 13.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Mahnung des 17. Juni	S. 1
Korea und Deutschland	S. 3
Der Mittelstand und die SPD	S. 5
Naumann - Hitler - Nero	S. 6

Rechtverständener 17. Juni

Von Willy Brandt, MdB

In wenigen Tagen sind acht Wochen seit dem 17. Juni vergangen, der in so kurzer Zeit schon zum historischen Datum geworden ist. Die Wirkungen dieses Ereignisses haben in der Zwischenzeit nicht nachgelassen, wenn sie auch mit dem zeitlichen Abstand etwas weniger in Erscheinung treten. Es ist gut, sich mit einigen Folgen jenes wahrhaft großen Tages zu befassen, gleichzeitig aber auch einige Tatsachen in die Erinnerung zurückzurufen, die bisher stark vernachlässigt oder ganz übergangen wurden.

So sollte man nicht übersehen, daß damals an keiner Stelle auch nur andeutungsweise die Forderung erhoben wurde, daß die Großbetriebe im Prozeß der Wiedervereinigung einfach zu reprivatisieren seien. Solche Kreise, die sich unter der Befreiung der Sowjetzone nichts anderes vorzustellen vermögen als die schematische Wiederherstellung des früheren Großbesitzes und die Befriedigung persönlichen Macht- oder Gewinnstrebens, dürften die Stimme der Zonenbevölkerung falsch verstanden haben. Die Arbeiter der Sowjetzone wollen die neue Diktatur nicht durch eine alte Reaktion abgelöst sehen.

Die sowjetzonale Arbeiterschaft ist nicht allein gegen unerträglich gewordene Verhältnisse aufgestanden, und sie hat nicht

allein freie Wahlen gefordert. Sie hat gleichzeitig ihren Anspruch angemeldet, am Aufbau einer gesamtdeutschen Ordnung bestimmend und gestaltend mitzuwirken. Diese Perspektive eines verstärkten Einflusses der arbeitenden Menschen auf das staatliche und wirtschaftliche Leben mag manchem mißfallen, der eine Störung seines westdeutschen Idylls befürchtet. Vielen anderen wird eine solche Perspektive neue Hoffnung geben.

Im übrigen braucht man nur zu beobachten, wer den Versuch unternimmt, den Arbeitercharakter des 17. Juni abzuschwächen oder zu verleugnen. Man wird sich vor allem diejenigen merken müssen, die auch nach dem großen Geschehen in der Sowjetzone noch nicht darauf verzichten wollen, die Arbeiterschaft und den linken Flügel der deutschen Politik als national unzuverlässig zu diffamieren.

Andererseits ist drastischer denn irgendwann in den vergangenen Jahren demonstriert worden, daß das SED-Regime von der Bevölkerung völlig isoliert ist. Daraus folgert, daß Pankow weniger denn je legitimiert ist, für die 18 Millionen der Zone zu sprechen. Dem heuchlerischen "Deutsche an einen Tisch" muß heute klarer denn je das "Alle Deutschen an eine Wahlurne" entgegengesetzt werden.

Es ist kein Ruhmesblatt der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die weitreichende Bedeutung des Geschehens in Mitteldeutschland von manchen ausländischen Kreisen rascher und klarer erkannt worden ist, als von gewissen Schichten im deutschen Westen. Völlig abwegig ist es jedoch, unter Berufung auf den 17. Juni, die "Ausklammerung" des Einheitsproblems aus dem Wahlkampf zu fordern. Eine solche Ausklammerung ist schon darum nicht möglich, weil die Fragen der auswärtigen Politik mit denen der Wiedervereinigung unlöslich verknüpft sind.

Es wird immer wieder der Versuch gemacht, die Geschehnisse in der Sowjetzone zur Rechtfertigung und propagandistischen Stärkung einer bestimmten Politik im deutschen Westen auszuschlachten. Man hat behauptet, der 17. Juni rechtfertige den gegenwärtigen Bundeskanzler und bestätige gewisse außenpolitische Thesen, die im Westen unstritten sind. Wer so argumentiert, mißbraucht die Opfer des Freiheitskampfes.

Die soziale und nationale Erhebung in Mitteldeutschland galt im Kern der widernatürlichen Spaltung Deutschlands. Daraus ergibt sich, daß dem Kampf um die Wiedervereinigung auf dem Boden der Freiheit der Vorrang gebührt vor allen sonstigen Vorhaben, die im Zusammenhang mit der deutschen Frage, erörtert werden sein mögen.

Korea-Verhandlungen zweiter Teil

P.R. Zwei Jahre haben die Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea gedauert. Am kommenden Montag wird man sich in der UNO auf einer Sondertagung über die Einberufungsmodalitäten der sogenannten politischen Korea-Konferenz unterhalten, die drei Monate nach dem Abschluß des Waffenstillstandes beginnen und nicht länger als drei Monate dauern sollen. So steht es auch in dem amerikanisch-südkoreanischen Verteidigungsvertrag (Dulles freilich hat dem zugefügt, man würde nach dieser Zeit die Konferenz nur verlassen, wenn beide Länder, die USA und Südkorea, zu der Überzeugung kämen, daß alle Versuche für eine Wiedervereinigung Koreas erfolglos seien). Auf der vorbereitenden Konferenz wird man noch nicht in die eigentliche politische Materie einsteigen, aber doch schon viele wichtige Vorfragen zu klären haben und die ganze Schwere des Lösungsversuches wird sichtbar werden.

Korea war und ist ein beliebtes Vergleichsobjekt zur deutschen Situation: 38. Breitengrad - Eiserner Vorhang, beide Länder mehr oder weniger Objekt im Spiel der Großen, ein Ozean zwischen den USA und ihren am weitesten vorgeschobenen Vorposten im Fernen Osten wie in Europa, Wiedervereinigung als das große Ziel Deutschlands wie Koreas. Es gibt auch wichtige Unterschiede - so vor allem, daß es bisher in und über Deutschland nicht zum Kriege kam - aber eine auffällige Ähnlichkeit der Zusammenhänge und Gegebenheiten bleibt.

Die konkreten Fragen für die kommenden UNO-Beratungen sind zunächst die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises für die eigentliche Konferenz, dann die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Koreas, schließlich die Zurückziehung der Truppen auf beiden Seiten. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Frage der Bereitschaft Washingtons - auf die es entscheidend ankommt, das China Mao-tse-Tungs in die UNO aufzunehmen. Dafür besteht wenig Aussicht. Gerade soeben hat sich John Foster Dulles erneut scharf ablehnend geäußert. London, das in dieser Frage immer einen anderen Standpunkt eingenommen hat, soll angeblich bereit sein, auf eine Zulassung des

kommunistischen China zur UNO nur zu drängen, wenn auch für die weiteren fernöstlichen Probleme - wie Indochina, Formosa - eine "vernünftige Lösung" gefunden worden ist. Das aber kann bestenfalls erst auf der späteren eigentlichen Generalversammlung der UNO Mitte September erfolgen.

Für Peking ist das Hauptziel, weniger in Nordkorea zu bleiben, als eben UNO-Mitglied zu werden, worin die Regierung Mao tse-Tungs von einem großen Kreis vor allem asiatischer Mächte, an der Spitze Indien, unterstützt wird. Für Syngman Rhee ist die Wiedervereinigung Koreas das Ziel seines Lebens. Er hat dem Waffenstillstand nur unter der Bedingung der weiteren amerikanischen Beistandszusicherung, die inzwischen in feierlicher Form erfolgt ist, zugestimmt, hat auch bereits drohend den gegenwärtigen Waffenstillstand als eine Ruhepause für seine Soldaten bezeichnet, "um für eine neue Offensive bereit zu sein", wenn die politische Korea-Konferenz scheitern sollte. Für Eisenhower schließlich, dem Wichtigsten in diesem Kreise, kommt alles darauf an, daß, nach seinen Wahlversprechungen über den ersten Schritt der Waffenruhe, auch der zweite Schritt erreicht wird, die "boys" zurückzubringen, was natürlich ohne die politische Lösung und ohne Frieden nicht möglich ist.

Nord- und Südkorea selbst, die 16 Nationen der UNO, die in Korea gekämpft haben, an der Spitze die Vereinigten Staaten, China als der große Gegenspieler und die Sowjetunion als die Macht in Hintergrund, sind die unmittelbar Beteiligten und Interessierten. Aber aus der verwandten Situation heraus wird man vor allem auch in Deutschland den weiteren Fortgang der Dinge mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Der Anreiz zu Vergleichen und Rückschlüssen ist groß.

+ + +

Auf breiter Basis

Wirtschaftspolitik der SPD sichert auch Mittelstand

-o- "Hat der Arbeiter, Angestellte und Beamte Geld, dann hat es auch die ganze Welt", mit diesen Worten umriß der Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Wilhelm Mellies auf der Mittelstands-Zusammenkunft der Sozialdemokratischen Partei in Frankfurt-Main die Bedeutung des Wirtschaftsprogramms der SPD für den Mittelstand. Das wirtschaftliche Anliegen der heutigen Mittelstandsgruppen ist praktisch auf das engste verbunden mit den Kernforderungen der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Produktion und Vollbeschäftigung in der Wirtschaft.

Mit Recht wies Mellies darauf hin, daß Eigentum nur über Einkommen gebildet werden könnte, der Mittelstand wird aber nur dann über ein ausreichendes Einkommen verfügen, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten sichere Arbeitsplätze und ausreichende Löhne und Gehälter haben, die es ihnen ermöglichen, ihren Lebensstandard zu erhöhen und entsprechende Teile ihrer Einkommen dem Verbrauch in seinen verschiedensten Formen zuzuführen. Das bedeutet dann auch gesicherte Einnahmen für den Mittelstand, das ist die Grundvoraussetzung seiner Existenz.

Diese Voraussetzungen zu schaffen ist die SPD entschlossen, und sie wird dazu mit ihrer Wirtschaftspolitik, die keine Wirtschaftspolitik aus der Zeit der Postkutsche ist, Entscheidendes beitragen. Mellies wies in diesem Zusammenhang auf die finanz- und steuerpolitischen Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei hin und erklärte, bei Beibehaltung der jetzigen Mehrheitsverhältnisse im kommenden Bundestag werde die Große Steuerreform auch 1957 noch nicht verabschiedet sein.

Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der selbständig Schaffenden in der SPD, Max Rübhausen, begrüßte die Erklärungen von Mellies und erinnerte an das Wort Erich Ollenhauers, daß die angebliche Mittelstandsfeindlichkeit der SPD nichts als ein Märchen sei. Die SPD habe ihr Herz für den Mittelstand nicht erst vor den Wahlen entdeckt, sie werde sich mit gleicher Bereitschaft und mit gleichem Erfolg, wie sie sich seit Jahrzehnten für die Arbeiterschaft eingesetzt habe, nun auch des Mittelstands annehmen. Die sogenannte Mittelstandsfreundlichkeit der derzeitigen Regierungsparteien aber beruhe mehr auf Propaganda als auf Taten, was nicht zuletzt in der heutigen mißlichen Lage aller Mittelstandsgruppen zum Ausdruck komme.

Nero hat gebellt

R.G. Diktatoren und solche, die es werden wollen, haben immer in der Geschichte ihre großen Vorbilder gehabt, denen sie nacheiferten oder auch denen sie sich verwandt und ähnlich fühlten. Hitler glaubte sich Napoleon vergleichbar, und er fühlte sich im unbegrenzten Wahn seiner eigenen Größe seinem Vorbild sogar überlegen, weil er glaubte, die Fehler Napoleons nicht zu wiederholen.

Das Vorbild künftiger Diktatoren - jedenfalls im neofaschistischen Bereich unseres Vaterlandes - dürfte nun Adolf Hitler sein, und wer Gelegenheit hatte, am Mittwoch in Bonn den Start Naumanns in die Politik zu erleben, dem wird dieser Vergleich als sehr naheliegend vor Augen stehen. Naumann kommt unmittelbar aus dem Gefängnis, wo er gewissermaßen geistig das Buch "Mein Kampf" geschrieben hat, und wie Hitler tritt er auf die Plattform einer politischen Veranstaltung und sagt: "Ich beschloß Politiker zu werden".

Wie bei Hitler stand das "Ich - ich - ich" im Vordergrund seiner Ausführungen; er verglich sich das eine Mal mit Nero und das andere Mal mit Christus, dem sich ein Herodes oder Pontius Pilatus in der Gestalt Kirkpatrick's oder Adenauers genähert habe.

Begeistert schilderte Naumann seinen Stammtisch und seine Verbindung zu ehrenwerten Ehemaligen, wie Skorzeny, Rudel und ähnlichen Helden, die während des Tausendjährigen Reichs so brav ihre Pflicht und nichts als ihre Pflicht getan hätten und denen wir für ihr Wirken heute noch dankbar sein müßten. Sein Zusammentreffen mit Skorzeny sei übrigens rein geschäftlicher Natur, (wobei nur zu bemerken wäre, daß Exportgeschäfte von jeher eine gute Basis für politische internationale Geheimbündelei gewesen sind); ebenso harmlos war natürlich sein Zusammentreffen mit Mosley in Paris und eine politische Wirkung in Richtung auf eine "Machtübernahme" sei doch mit diesen Treffen durchaus nicht verbunden. Er könne sich als unbescholtener Mann seine Freunde suchen, wo er wolle. Als den Sinn seiner Verhaftung - und hier zeigt sich wohl der hitlerverwandte Größenwahn - bezeichnete er das Ziel einer Trübung der Atmosphäre zwischen Deutschland und den USA, weiter die im englischen Interesse inszenierte Geschäftsspionage in der Firma Lucht und die Konkurrenz gegen Adenauer, die er möglicherweise darstellen könne.

Beifallsfreudig war der Kreis der rund 300 anwesenden Neonazis, die begeistert den Ausfällen des Redners gegen die Demokratie und ihre Vertreter in der Bundesrepublik und gegen die ausländischen Freunde, "die wir nicht gerufen haben", folgten. Eisiges Schweigen herrschte nur, als Nero-Naumann sagte, daß es eine neonazistische Bewegung bisher nicht gegeben habe und auch in Zukunft nicht geben werde; umso stärker wurde der Beifall nachgeholt, als Naumann sein Ziel erklärte: Der Epoche der permanenten Freiheitszerstörung ein Ende zu setzen und an der Auferstehung des Deutschen Reiches zu arbeiten.

Nero hat gebellt. Er wird es weiter tun in vielen Versammlungen, in denen er Seite an Seite mit seinen Freunden Rudel, Androse und Grimm als Bundestagekandidat der DRP sprechen wird; und wenn es nach ihm geht so ist zu erwarten, daß Nero sich eines Tages nicht mehr damit begnügen wird, nur zu bellen.

Verantwortlich: Peter Rannau